

Eine Art von Umfrage

SPD-Regionalkonferenzen: „Keiner will Olaf Scholz“, FR-Politik vom 10.9.

Es ist ja lässlich, dass sich die BewerberInnen für den SPD-Vorsitz in 23 Regionalkonferenzen dem niederen Parteivolk vorstellen. Es grenzt allerdings an Volksverdummung, den Eindruck zu erwecken, dass jemand anderes als die Delegierten am Ende auf einem Bundesparteitag den oder die Vorsitzende/n wählen werden. Was jetzt bei der SPD stattfindet, ist eine Art unverbindliche Meinungsumfrage, an die sich am Ende kein Delegierter halten muss. Sigrud Weber, Frankfurt

Lösung für Nordirland

Chaos-Brexit: „Johnsons Hammer“, FR-Politik vom 13. September

Provokatorische Frage: Nachdem Trump Grönland kaufen wollte, wie wäre es, die EU kauft Nordirland? Das Nordirland-Problem einschließlich Backstop etc. ist gelöst. Gisela Wilken, Maintal

Das UK am Rande des Nervenzusammenbruchs

Boris Johnson bringt sein UK langsam an den Rand des Nervenzusammenbruchs! Er wirft seine „Ungetreuen“ raus aus der eigenen Conservative Party, andere Konservative werfen lieber freiwillig ihr Handtuch; und Boris Johnson boxt weiter. Selbst im freien Fall würde er nie und nimmer nachgeben wollen, der blonde Brexiteer! Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Das ist doch super

Zu: „Die Sperrung des Mainufers ist gescheitert“, FR-Region vom 3.9.

Ich lese nur: „Battonnstraße/Kurt-Schumacher-Straße ist zu jeder Tageszeit dicht“ oder „Die Berliner Straße ist komplett dicht“. Aber wer beklagt sich? Denn das ist doch super: Bessere Werbung für den Umstieg vom KFZ auf alternative Verkehrsmittel gibt es nicht! Und dazu noch kostenlos für die Bürger. Denn: Vier von fünf nutzen (immer noch) das Auto. Hans Dietmar Jäger, Frankfurt

SORRY

In unserer Besprechung zum jüngsten Museumskonzert in der Alten Oper Frankfurt, „Sein Held, der Komponist“ (19.9., Seite 34), haben wir einen falschen Vornamen genannt: Natürlich hat Lorenzo, nicht Marcello Viotti dirigiert. Marcello Viotti (1954-2005) war der Vater von Lorenzo Viotti.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Diskussion „Parlamentswahlen in Polen“ mit Ernst Hillebrand vom Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau und Horst Mund von der IG Metall.
Mittwoch, 18. Sept., 17.30 Uhr
Main-Forum der IG Metall,
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei. Eine Veranstaltung von Pro Lesen e. V.

Donnerstag, 19. September, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen,
Hedderichstraße 32, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Europa – von den Rechten getrieben?“ mit Michael Braun (Friedrich-Ebert-Stiftung in Italien), Albrecht von Lucke (Blätter für deutsche und internationale Politik), Wolfgang Lemb und Jan Otto (IG Metall).
Mittwoch, 25. September, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Präsentation des Wissenschafterromans „Vom Ende der Langsamkeit“ von Ortrud Toker. Lesung und Diskussion.
Donnerstag, 26. Sept., 18.30 Uhr
Museum für Kommunikation
Schaumainkai 53, Frankfurt

Thomas Kaspar moderiert eine Diskussion über und mit dem britischen Publizisten und Kapitalismuskritiker Paul Mason („Klare, lichte Zukunft“), der einen Vortrag (englisch) zur Frage hält, ob neue Technologien zur sozialen Revolution führen. Eintritt frei, Anmeldung nicht erforderlich.

Montag, 30. September, 19.30 Uhr
Hochschule Sankt Georgen,
Offenbacher Landstr. 224, Frankfurt

Eine Arbeit, die keiner machen will

Altenstadt: „Ein Kesselchen hessisches Braunes“, FR-Meinung vom 12. September

Kann diese Naivität noch gesteigert werden?

Kommunalpolitiker von CDU, SPD und FDP wählen nach eigenen Angaben einen Rechtsradikalen ins Amt, weil er einen Computer hat und Mails versenden kann. Geht diese Menge an Naivität eigentlich noch zu überbieten und zu steigern? Was sagt das über die Wähler in diesem Ortsteil aus, die solche Menschen in den Beirat gewählt haben? Rolf Lang, Heusenstamm

Auf allen Ebenen der Gesellschaft

Die Reaktion unserer Gesellschaft und Politik ist meines Erachtens schon ein wenig widersprüchlich und verkehrt herum. Auf der einen Seite schauen sie mit zu, wie der Wert des Ehrenamtes immer mehr abnimmt und alles nach Profit und Bezahlung schiebt, und auf der anderen Seite gibt es einen Aufschrei wenn dann der Fall passiert, dass ein kleiner rechtsradikaler Politiker ungeliebte Arbeit über nimmt, die keiner machen will. Dies passiert aber auf allen Ebenen der Gesellschaft und nicht nur in der Politik. Eugen Berker, Nauheim

Deutschland ist jetzt wachgerüttelt

Gewiss darf in Deutschland kein Nazi in einer verantwortungsvol-



In Altenstadt wurde ein NPD-Funktionär Ortsvorsteher.

DPA

len Position sein. Aber es ist auch zu bedenken, dass landläufig die Vorstellung auf große Zustimmung stößt, Kommunalpolitik dürfe nicht der ideologischen Verbohrtheit der zentralen Parteilinien folgen, sondern müsse sich an den Erwartungen und Bedürfnissen der Bürger vor Ort ausrichten. Besonders scharf sind auf der anderen Seite die Kriterien auf Bundesebene, weil da auch die Differenzen zwischen den Parteien in Fragen der Außenpolitik eine Rolle spielen. So koalieren SPD und Linkspartei problemlos auf Bundesländerebene, weil die Länder keine Außenpolitik machen. Somit ist es übertrieben, die Fehlentschei-

dung des Ortsbeirats von Altenstadt-Waldsiedlung übermäßig anzuprangern. Es ist angemessener, durch das Geschehene in dem Sinne wachgerüttelt zu werden, dass menschliche Nähe und vorhandene Kompetenz bei einem kommunalpolitisch Aktiven trotz gemeinsamer Projekte in der jeweiligen Stadt und Gemeinde nicht dazu führt, dass dabei übersehen wird, wo der Mitstreiter weltanschaulich steht. Deutschland ist jetzt erwacht. Der Skandal wird erst stattfinden, wenn so etwas noch einmal passiert.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Diskussion: frblog.de/altenstadt

Neu formulierte Gerechtigkeitsziele

Vermögenssteuer: „Der halbe Erneuerer“, FR-Meinung vom 7. September

Das Soziale wird jetzt wieder stärker betont

Es gilt, das richtige Maß zwischen der prinzipiellen, individuellen Selbstverantwortung des Bürgerseins einerseits und dem Gebot des gesellschaftlichen Zusammenhalts andererseits durch ein Mindestmaß bürgerlicher Solidarität, insbesondere bei der Wahrung des Existenzminimums (auch im Alter), zu halten. Wenn jetzt, etwa in Fragen eines Wiederauflebens der Vermögenssteuer, der Gestaltung des Abbaus des Solidarbeitrags oder ganz generell der Finanzierung übergeordneter gesellschaftspolitischer Ziele wie des Klimawandels sofort eine Art von Shitstorm von konservativer Seite sich erhebt, wird dies der Konstruktion des Grundgesetzes zwischen der Freiheit des Individuums, der gebotenen Fairness innerhalb der Solidargemeinschaft und dem strikten Einhalten rechtsstaatlicher Prinzipien nicht gerecht.

Im sogenannten Neoliberalismus ist das Pendel tendenziell in Richtung auf das Vertrauen, allein in eine mehr oder weniger radikale Marktwirtschaft auszu-schlagen. Das Grundgesetz impliziert jedoch eindeutig eine soziale Marktwirtschaft, also eine sozial verantwortete Marktwirtschaft. Hinter der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ hingegen verbirgt sich eine neue Façon

von Neoliberalismus ganz bestimmter Wirtschaftsinteressen. Zurzeit schlägt eben das Pendel dahin aus, wieder mehr die Sozialität zu betonen.

Niemand kann in der Bundesrepublik für sich beanspruchen, den Inhalt sozialer Gerechtigkeit allein bestimmen zu wollen. Der Versuch, diesen Begriff aus der politischen Debatte ganz zu entfernen, wird am Geist des Grundgesetzes scheitern. Die Konkretisierung von sozialer Gerechtigkeit ergibt sich aus den politischen Machtverhältnissen. Kassandrarufer sind fehl am Platz, wenn bestimmte Parteien, wie jetzt die SPD im Rahmen des Grundgesetzes ihre Gerechtigkeitsziele neu formulieren.

Sigurd Schmidt, Bad Homburg

Der starke Staat und seine Verordnungswut

Wie der starke Staat derzeit aussieht und wie er sich positioniert, sieht man ja an anderer Stelle: Die anarchisch, lebendige und junge E-Scooter-Szene darf ihre Roller bald nur noch an bestimmten Parkplätzen abstellen. Sie lachen? Machen Sie doch mal einen kleinen Betrieb auf, so was wie einen mobilen Bratwurststand. Auch hier ist der starke Staat und seine Verordnungswut zu spüren. Wenn aber z.B. die Geschwister Klatten und Quandt alleine mit ihren BMW-

Aktien innerhalb eines Jahres gut eine Milliarde Euro Gewinn machen, ein Zugewinn an Vermögen ohne jede auch nur irgendwie daran gekoppelte menschliche Leistung, die über das reine Besitzen der Aktien hinausgeht, dann auf einmal darf der Staat nicht mehr stark sein und das daraus gewonnene Vermögen besteuern. Wie grotesk ist das?

Der Kölner Maler Gerhard Richter wird von Wikipedia bei den 500 reichsten Deutschen gelistet. Seine Frau und seine zwei Kinder würde eine geänderte Erbschaftssteuer sicherlich treffen, aber da er selbst auch immer die irren Preise für seine Bilder moniert, er, der eine kulturelle Leistung vollbracht hat, hat er wahrscheinlich nichts Grundsätzliches gegen eine Vermögenssteuer und eine womöglich den Verhältnissen angepasste Erbschaftssteuer einzuwenden. Sicherlich aber Frau Klatten und Herr Quandt, die nur reine, langweilige Unternehmer sind.

Die Deutschen und ihre Angst vor einem Linksruck – was für ein Schreckgespenst pinselt der Autor da an die Wand? Gnade uns Gott vor solchen Parteivorsitzenden, dann hätten es Nahles oder Schröder bleiben können.

Karsten Neumann, Nürnberg/Bethang

Diskussion: frblog.de/vermoegen